

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Hälfte 10000.— M. Einzelverkaufspreis 900 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion
1926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 162.

Sonnabend, 14. Juli 1923.

30. Jahrgang.

Rompromiß!

Beurteilung über die englische Regierungserklärung.

Dr. L. Lübeck, 14. Juli.

Meine Darlegungen in der Parteiversammlung vom Donnerstag über die englische Politik haben sich bestätigt: England ist ärgerlich über den ewigen Störnfried Frankreich; denn es möchte Ruhe haben für seine Geschäfte. Aber wenn Frankreich nicht will, kann England nichts machen. Wird man also nach einem Kompromiß Ausschau halten!

Baldwins lange Erklärung liegt nunmehr ausführlich vor. Sie bewegt sich auf der diplomatischen Schlangenslinie des Kompromisses zwischen Rücksichtnahme auf Frankreichs Empfindlichkeit und geringerer Tröstung für Deutschland.

Jene unverbesserlichen Optimisten, die seit je von der ganzen Welt deutsche Politik verlangten, werden aufs schwere enttäuscht sein. Denn ihnen bot Baldwin — nichts. Wir aber möchten das müßterne Urteil aussprechen: die englische Regierungserklärung ist wenigstens ein Ausgang; und sie hätte schlechter sein können. Sie wird aller Voraussicht nach eine Entwicklung der Dinge einleiten, die zu einer Entspannung führen müssen.

Sachlich sprach Baldwin etwa folgendes aus: Deutschland müsse selbstverständlich bis zur äußersten Grenze bezahlen. Mehr dürfe und könne man allerdings nicht von ihm verlangen. Denn ein solches unerfüllbares Verlangen müsse erfolglos bleiben und stiftet nur Unruhe. Die Ruhbehaltung insbesondere habe sich als ein schlechtes Mittel zur Eintreibung der Reparationen erwiesen. Denn die Alliierten erhalten jetzt weniger als vorher; und dabei gehe Deutschland wirtschaftlich zugrunde.

Aus dieser Erörterung der Tatsachen, wie sie dem englischen Geschäftsmann sich darstellen, zog Baldwin dann die Konsequenzen für die englische Politik. Und mache Vorschläge.

Wörtlich sprach er zunächst den für Frankreichs Ohren immerhin unangenehmen Satz aus:

„Es muß auf ehrenvolle Weise möglich sein, dem noch selten dagewesenen und bedauerlichen Zustand ein Ende zu bereiten, der darin besteht, daß ein Land im Frieden einen großen Teil eines anderen Landes besetzt hält.“

Und fuhr dann fort: Alle Möglichkeiten, die auch nur entfernt Aussicht auf Fortschritt bieten müssen benutzt werden. Deshalb könne man auch die deutsche Note vom 7. Juni nicht einfach unerörtert und unbeantwortet lassen. England werde deshalb einen Antwortentwurf ausarbeiten; und ihn den übrigen Alliierten zur Diskussion unterbreiten. Und es hoffe, daß man sich im Kreise der Alliierten über diese Antwort einigen könne.

Positiv heißt das: Vertrag einer Wiederannäherung zwischen Frankreich und England. Dreht es, wie ihr wollt — es ist doch so! Und es war ja auch der einzige mögliche Ausweg. Was sollte England sonst machen?

Nur hat diese Sache mit dem Antwortentwurf für Frankreich einen unangenehmen Beigeschmack: es muß eine Entscheidung fallen. Denn eins ist doch klar. Einigen sich Frankreich und England über die Antwort nicht, so kann England seinen Entwurf nicht einfach in den Papierkorb werfen. Sondern es muß

ihn selbstständig weitergeben. Hierin liegt, nach diplomatischen Gesichtspunkten betrachtet, der Hauptfortschritt der neuen englischen Auffassung. Die Entwicklung kommt ins Rollen. So oder so!

Deutschland kann nichts anderes wünschen, als daß England mit seinen Verständigungsversuchen innerhalb der Entente blüht. Denn bei einem völligen Auseinandergehen der beiden Entente Hauptmächte zährt vor, nur wir allein, die Rechnung. Denn dann würde der Kriegsstand bis zur letzten Entscheidung ausgezögert werden müssen. Und diese letzte Entscheidung ist nicht zweifelhaft. Unsere wirtschaftliche Kraft geht zu Ende. Der passive Widerstand kann nicht endlos weitergehen. Und Frankreich hält, wenn auch unter schweren Opfern, noch Jahre aus. Man muß den Mut zur Wahrheit haben.

Zusammenfassend: die englische Erklärung sagt alles, was sie überhaupt sagen konnte; und sie tut alles, was sie tun konnte. Selbstverständlich vom englischen Standpunkt aus.

Jedenfalls wird der Kriegskampf vorläufig weitergehen. Und die Frage taucht auf, wie lange die schwere Leidende Ruhrbevölkerung noch Widerstand leisten kann. Diese schwere Schicksalsfrage schließt in sich ungeheurende Anklagen gegen die jüngste bürgerliche Regierung, gegen Cuno und seinen Anhang. Sie hat auf allen Gebieten völlig versagt. Die vielberedete „Fachregierung“ weiß nicht mehr ein noch aus. Außenpolitisch liegt sie im schärfsten Tornrosenschafat; innenpolitisch aber ist sie völlig scheitert. Sie lädt alles treiben, wie es mag. Höchstens lässt sie von Zeit zu Zeit nach dem Taflinger der Industrie ein kleines patriotisches Tanzchen vorführen. Während das Volk verhungert und die deutsche Währung allmählich verwest. Die deutsche Wirtschaft treibt dem Abgrund zu. Die bürgerliche Politik steht mitten drin in einer Blamage ohnegleichen; ihr verbrecherischer Egoismus hat Deutschland zerrüttet. Da man zu zeigen ist, die ungehöflichsten Fehler anzuerkennen, trölt man in leichtsinniger Unfähigkeit einer Katastrophe ohne gleichen zu. Es muß anders werden! Das deutsche Volk muß aufwachen! Weg mit Cuno!

*

Die englische Antwort spätestens in 3 Wochen in deutschen Händen.

Paris, 14. Juli.

Zu dem englischen Entwurf einer Antwort an Deutschland wird dem Journal aus London geschrieben: Es scheint, daß ein erster Text bereits festgelegt ist, der ohne Zweifel zu Beginn der kommenden Woche mitgeteilt wird. Man ist der Auffassung, mag kommen, was will, daß die Antwort dem Reichskabinett in drei Wochen zugestellt wird. Weiterhin erklärt man, daß zwei Registre zurzeit erzielt worden seien: erstmals sei die Gefahr einer Revolution in Deutschland nahezu vollständig verschwunden, seitdem Deutschland nicht länger bedroht ist, die Waffen bedingungslos niedergelegen; zweitens habe England seine Freiheit wieder gewonnen, ohne indessen mit Frankreich auseinander gekommen zu sein.

Gegen die belgischen Repressalien.

SPD. Essen, den 13. Juli 1923. (Eig. Drabth.)

Die Ortsvorstände der freien, christlichen und hirsch-dunkerischen Gewerkschaften in Duisburg haben an den kommandierenden General der belgischen Besatzungsstruppen folgendes Schreiben gerichtet:

Da die Vertreter der organisierten Arbeitnehmerschaft auf die Eingabe vom 3. Juli immer noch nicht im Besitz einer Antwort sind, erlauben wir uns erneut an Sie mit der Bitte heranzutreten, die durch die von Ihnen erlassenen Verordnungen hervorgerufenen unbeschreiblichen Leiden der arbeitenden Bevölkerung abzustellen. Durch die Beschränkung der Verkehrsverbindungen haben Tausende von Arbeitern und Angestellten bei der großen Hitze große Wegestreken zu laufen. Ohnmachtsfälle, Hitzeschläge usw. kommen häufig vor. Ebenfalls entsteht diesen Personen ein ungeheuerlicher Lohnverlust. Ferner wirkt das Schließen der Fenster während der Sperrzeit bei der gegenwärtigen Temperatur geradezu verheerend. Sehr viele Kinder, alte Leute und die Arbeitnehmerschaft im allgemeinen werden krank, weil ihnen die frische Luftzufuhr völlig abgeschnitten ist. Wo Personen aus Verantwortung dennoch wagten, die Fenster zu öffnen, legten sie sich der Gefahr aus, erschossen zu werden. Die Nachtschichtler sind gezwungen, die Fenster zu schließen, am Tage ist eine Dehnung der Fenster wegen der großen Hitze unmöglich.

So sind die täglich schwer arbeitenden Leute von jeder frischen Luftzufuhr abgeschnitten. Wir richten jerner an Sie, Herr General, die Bitte, sofort zu veranlassen, daß von den Soldaten auf den Hafenbrücken die Vorrichtungen eingehalten werden. Es ist unmenschlich, wenn junge Soldaten alte ergraute Personen Lappalien wegen mit Kolbenstöcken bearbeiten. Eine der furchterlichsten Erscheinungen ist das Schicksal der werdenen Mütter. Viele Frauen, die ihrer schweren Stunde ent-

gegensehen, fühlen mit Schrecken, daß sie sterben müssen, weil die Geburtshilfe nachts nicht erreicht werden kann. Viele Frauen haben ohne Geburtshilfe gebunden und liegen jetzt schwer krank darnieder. Weiter geben wir zu bedenken, daß bei der ungeheuer großen Wohnungsnott, mithervorgerufen durch die Besetzung, oft 8 bis 10 Perioden in einem kleinen Dachzimmer ohne Licht und Luft von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr in furchterlicher Hitze verbringen müssen. Es entspringt nicht den Gründen des Rechts, daß jemand bestraft wird, bevor der Beweis der Schuld erbracht worden ist. Millionen der arbeitenden Menschen erleiden unschuldig furchterliche Qualen, die in der Geschichte noch nicht zu verzeichnen sind. Diese Behandlung erzeugt eine Atmosphäre in der Bevölkerung, die verhängnisvoll wirken muß.

Herr General! Als Vertreter der Arbeitnehmerschaft halten wir uns für verpflichtet, Sie auf diese Zustände aufmerksam zu machen, ehe es zu spät ist, und der Hass der Völker jede Verständigung unmöglich macht.

*

SPD. Duisburg, den 13. Juli. (Eig. Drabth.)

Die Sozialdemokratische Partei Duisburg hat an die sozialistische Kammerfraktion in Brüssel folgendes Telegramm gerichtet:

Die Not der arbeitenden Bevölkerung im hiesigen Bezirk ist aus äußerste geprägt. Verzweiflungsansprüche schlimmster Art sind zu erwarten, wenn unerhörte Bedrückungen, die schlimmer sind als im Kriege, andauern. Wir richten die dringende Bitte an Euch und alle Sozialisten, allen Einfluss auszubüten, damit unerträgliche Leiden der schuldlosen Bevölkerung beendet werden. Helft, bevor es zu spät ist!

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtseitige Zeitung über deren Raum 1600.— Mark, auswärtige 1800.— Mark, für Versammlungen, Arbeits- und Wohnungen, anzeigen 1200 M., für Reklamen 8000.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.



Sozialbote

Französische Strafexpedition nach Barmen.

SPD Elberfeld, 13. Juli. (Eig. Drabth.)

Am Freitag morgen um 7 Uhr drangen französische Truppen in Begleitung von Panzerwagen in die Stadt Barmen ein. U. a. wurden bekannt das Barmen Rathaus, die Reichsbank, die Post und der Hauptbahnhof. Nach Elberfeld stieß eine Radfahrerpatrouille vor, die sich aber wieder zurückzog. Um 11 Uhr vormittags verließen die Truppen Barmen unter Mitnahme des Reichsbahndirektors Dr. Krusius. Angeblich handelte es sich um eine Strafmaßnahme, die auf folgenden Vorfall zurückzuführen sei soll: Vor einigen Tagen hielt die französische Wache in Klarenbach bei Remscheid zwei Schmuggler an. Beide sollen von zwei französischen Zollbeamten blutig geschlagen worden sein. Daraufhin griffen in der folgenden Nacht Deutsche, die in einem Auto herankamen und mit Waffen bewaffnet waren, die Wache an. Die Wache wurde ausgehoben, die beiden Zollbeamten wurden mißhandelt. Dann zog man sie aus und ließ sie nackt vor dem Auto bis nach Elberfeld marschieren. Dort übergab man sie der Polizei, welche die Misshandlungen dem französischen Truppenteil in Ronsdorf zuleitete.

*

Die Franzosen sind gegen 11 Uhr abends vollständig wieder abgerückt. Wie bei einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister, der während der vorübergehenden Besetzung in seinem Amtszimmer festgehalten wurde, von einem Poltmüller erklärt wurde, handelte es sich bei dem Vorfall um eine Strafmaßnahme gegen die Schutzpolizeibeamten. Außer einigen Schutzpolizeibeamten ist der Reichsbahndirektor Dr. Krusius vor den Franzosen verhaftet und abgeführt worden. Während der Besetzung wurde der Zugverkehr fortgesetzt; die Züge durften aber nicht verlassen und die Bahnsteige nicht betreten werden. In dem Straßenbahnverkehr trat dadurch eine Behinderung ein, daß an verschiedenen Stellen Panzerwagen quer über die Schienen gesetzt wurden. Neben den staatlichen und städtischen Gebäuden waren auch die Ausgänge der Stadt stark besetzt.

Kapitänleutnant Erhardt entflohen.

Leipzig, 13. Juli.

Kapitänleutnant a. D. Erhardt, der sich am 22. Juli vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch verantworten sollte, ist heute vormittag aus dem hiesigen Polizeigefängnis in der Breitenstraße, in der er während der Unterhaftungshaft untergebracht worden war, entwichen. Es wird vermutet, daß Erhardt bei seiner Flucht Helfershelfer gehabt hat. Der Oberrechtsanwalt hat sofort veranlaßt, daß alle Maßnahmen zur Wiedererfassung des Flüchtigen getroffen werden.

Leipzig, 14. Juli.

Die Flucht Erhardts ist von außen her durch Helfershelfer ins Werk gesetzt worden. Der Gang zwischen Gefängnis- und Gerichtsgebäude ist durch zwei Gittertüren und zw. i. Haustüren abgeschlossen. Die Gittertüren werden geöffnet vorgefundene; die Haustüren sind mit einem Rückenschlüssel geöffnet worden. Nach dem Passieren des Ganges werden die Türen von außen wieder geschlossen und der Schlüssel gestellt gelassen, sodass eine Befolgung vom Innern des Gefängnisses nicht möglich gewesen wäre. Infolgedessen muß damit gerechnet werden, daß Erhardt unter dem Personal der Gefangenenzentrale Helfershelfer gehabt hat. Zweifellos ist die Flucht von langer Hand mit größter Sorgfalt vorbereitet worden. Auf der Straße ist Erhardt jedenfalls von einem wartenden Auto aufgenommen worden, das ihn mit seinen Freunden entführte. Der Polizeipräsidium von Leipzig wird auf die Ergreifung Erhardts eine hohe Belohnung aussetzen.

Neuer Konflikt in Lausanne.

Lausanne, 12. Juli.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und den Türken über die Räumung der Dardanellen durch die alliierten Kriegsschiffe und in der Konzessionsfrage führen in der heutigen offiziellen Sitzung zu einer neuen Verhandlung der Lage. Die Alliierten brachten plötzlich die Sitzung ab, ohne eine neue Zusammenkunft einzuberufen, und erklärten, daß der türkische Widerstand in der Konzessionsfrage im Widerstand habe in den am Sonntag getroffenen Vereinbarungen und daß, falls die Türken ihre Verhältnisse nicht ändern, auch alle anderen Abmachungen über die Kuponfrage und die Räumung Konstantinopels, das heißt die gesamte grundfeste Einigung vom Sonntag, null und无效 would. Die Alliierten werden von neuem an ihre Regierungen berichten. Diese neue Wendung einer begreiflicherweise betrüblichen Aufrégung hervor. Auch in türkischen Kreisen werden die Vorgänge in der heutigen Sitzung als ernst bezeichnet, man erklärt aber, daß es sich nur um eine scharfe Kritik in Einzelfragen, jedoch nicht um eine wirklich gefährliche Kritik der Konferenz überhaupt handle, und zwar sei die Kritik viel weniger durch die Gegenseite in der Frage der Räumung der Dardanellen hervorgerufen, als durch die alliierten Ansprüche in den Konzessionsfragen. Man erlebe hier den letzten Zusammensatz der strengen Forderungen für die Türkisch Petroleum Co. und den französischen Ansprüche für die Allgemeine Eisenbahngesellschaft mit dem Chesterabkommen. Man wolle die Türkei wirtschaftlichlahmlegen, indem man für diese Gesellschaften unzureichende Probleme finde. Auf jeden Fall sei es unzutreffend, daß die Türkei in der heutigen Sitzung irgend welche früher getroffenen Vereinbarungen in der Konzessionsfrage wieder rückgängig gemacht habe. Alle diese Fragen seien jedoch ungelöst und Gegenstand von Verhandlungen gewesen.

Gegen die Sonderbündelei.

SPD. Essen, 13. Juli. (Eig. Drabth.)

Die freien Gemeinschaften von Rheinland und Westfalen veröffentlich am Freitag folgenden Aufruf:

Zeiten politischer Hochspannung werden von gewissenlosen Elementen immer dazu benutzt, um Verwirrung in die Reihen der Bevölkerung zu tragen. Unter großen Versprechungen werden Arbeiter und Angestellte seit längerer Zeit und gegenwärtig besonders für die Bestrebungen der Sonderbündler zu gewinnen gesucht. Alle diese Lockungen würden mit einem klaren und unzweideutigen Nein beantwortet. Diese Stellungnahme wurde von einer Konferenz von Gewerkschaftsvertretern am 10. Juli erneut bestätigt. Die Bestrebungen der Rheinlandbündler beschränken sich in letzter Zeit nicht nur auf das linksrheinische Gebiet, sondern auch auf die Industriegebiete des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Dem gegenüber erklärt die Konferenz, daß nach wie vor die Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen mit allen ihren angeschlossenen Organisationen jegliche Sonderbestrebungen mit aller Kraft abwehren werden. Alle Hoffnungen auf stillschweigende oder positive Mithilfe der Gewerkschaftsmitglieder zur Durchführung dertiger Pläne sind trügerisch. Eine Million freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Rheinland und Westfalen rüsten mit aller Entschiedenheit weit von diesen Leuten und ihren Planen ab, und werden alles tun, um die Durchführung der Pläne zu verhindern. Die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft ist politisch und gewerkschaftlich geschult genug, um zu erkennen, daß die Abtrennung in irgend einer Form die größten Schädigungen für sie bringen würde. Die Lösung der rheinisch-westfälischen Arbeiterbewegung von der geliebten Bewegung Deutschlands würde nicht nur ihre Stärke in Deutschland, sondern auch in Rheinland-Westfalen bedenkenlos vermindern, was um so größere Folgen haben würde, da sich der französische Kapitalismus auf die größte Militärmacht der Welt stützt. Aber auch alle sozialen Errungenschaften würden ein schnelles Ende erreichen. Die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft, die die Fesseln eines fremden Militarismus abgetreift hat, würde erneut in die Fesseln eines fremden Militarismus zurückfallen, wenn sie den Loslösungsbemühungen irgend welchen Vorwahrt leisten würde. Deshalb fort mit jeder Sonderbündeli, jetzt und für die Zukunft! Die Interessen der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft werden am besten gewahrt durch den Aufbau der deutschen Republik in freiheitlichem Sinne und der damit verbundenen Demokratierung der Verwaltung.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Forderungen der freien Berufe.

Am Freitag beschäftigte sich der wirtschaftspolitische und finanzielle Ausschuß des Reichswirtschaftsrates mit den Forderungen und Vorschlägen der freien Berufe zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. U. a. machten sich die beiden Ausschüsse in ihrer gemeinsamen Sitzung folgende Vorschläge zu eigen: Die für die freien Berufe geschaffenen wirtschaftlichen Verbände im Reiche oder in den Ländern sind vom Staat anzuerkennen. Bei der Verantragung zur Einkommensteuer ist ein Teil des Berufseinkommens bis zu einer geistlich festgelegten Höhe für die Angehörigen der freien Berufe freizulassen, sofern das Gesamteinkommen eine vom Gesetz festzulegende Höhe nicht übersteigt; unter der gleichen Voraussetzung sind sie von der Umsatzsteuer zu befreien. Für die Schriftsteller, Komponisten und Künstler soll eine Reform des Urheber- und Verlagsrechtes einen härteren Schutz bringen. Besondere Erleichterungen, so Ermächtigung der Fernsprechebühr, werden für Arzte und Zahnärzte gefordert. Für Rechtsanwälte lautet die Forderung auf Aufhebung der ihr Koalitionsrecht einschränkenden Bestimmungen und für bildende Künstler auch einen besonderen Richterzug.

Neue Papierpreise.

In den nächsten Tagen wird durch die Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums mit Wirkung vom 15. Juli 1923 ein Höchstpreis für Zeitungspapier festgesetzt werden, welcher für 100 Kilogramm Rollenpapier 760 250 Mk. und für 100 Kilogramm Formatpapier 760 250 Mk. frei Station des Empfängers beträgt. Es ist vorgesehen, diesen Preis im Monat Juli nur bei weiter eintretenden Kohlenpreis-, Frachtdurchhöhungen einzufügen. Nach Möglichkeit sollen die Kohlenpreise und die Frachtdurchhöhungen gemeinsam abgestimmt werden. Der Preis beruht auf der Bedarfsbasis von Anfang Juss dieses Jahres zuzüglich der inzwischen eingetretenen Kohlenpreis- und Frachtdurchhöhungen. Nach Erlass der Verordnung eintretende Veränderungen der Gefechtskosten,

sowohl sie durch sonstige vorher nicht genannte Umstände veranlaßt werden, sollen bei der Preisfestsetzung für den nächsten Monat Berücksichtigung finden.

Reformen in Sachsen.

SPD. Dresden, 13. Juli.

Der Sächsische Landtag hat in einer Nachsitzung vom Donnerstag zum Freitag wichtige Gesetze angenommen. Die Gewerbe- und Grundsteuer wurde der fortwährenden Geldentwertung angepaßt; beide Steuern erhöhen sich in Zukunft automatisch, die Gewerbe- und Grundsteuer entsprechend dem Goldankaufspreis der Reichsbank, die Grundsteuer entsprechend dem Steigen des Roggenpreises. Damit hat Sachsen auch den anderen deutschen Ländern einen Weg gewiesen, wie sie der wachsenden Entwertung der Steuern und damit dem Finanzelend einen Damm entgegensetzen können. (Bisher hat nur Württemberg eine Grundsteuer nach dem Roggenpreis eingeführt.) Die Gemeindeordnung, die ebenfalls in dritter Lesung angenommen wurde, legt die entscheidende Gewalt in den Gemeinden in die Hände der gewählten Vertreter. Die Beamten sind in Zukunft nur ausführende Organe. In größeren Gemeinden bleibt allerdings die Möglichkeit, neben der Gemeindevertretung als ausführendes Organ einen kollegial gebildeten Gemeinderat (in größeren Städten Stadtrat) zu schaffen. Der Gemeinderat hat aber nur die Beschlüsse der Stadtverordneten vorzubereiten und auszuführen. — In zweiter und dritter Lesung wurde ferner das Gesetz über die Pflichten der Beamten und über die Aenderung des Dienststrafrechts angenommen. Dieses Gesetz soll die Demokratisierung der Verwaltung erleichtern und vor allem auch ermöglichende, die leitenden Stellen der Verwaltung mit zuverlässigen Republikanern und Sozialdemokraten zu besetzen.

Vollabstimmung in Bayern.

Um den Staatspräsidenten.

SPD. München, 13. Juli. (Eig. Drabth.)

Der Geheimkabinett der konservativen Regierung zur Abänderung der Verfassung über Volksbegehren und Volksentscheidung ist nunmehr dem Landtage zugegangen. Es ist bekannt, warum trotz der unglaublichen außenpolitischen Sorge des deutschen und des bayerischen Volkes gerade jetzt das bayerische Parlament mit diesem innerpolitischen Streit beschäftigt wird. Der Zweck ist: Schaffung eines Staatspräsidenten als Blaghalter des erschöpften Monarchen. Dieser Staatspräsidenten hat wie eine Verfassungsänderung, für die zwei Drittel der Abgeordneten stimmen müssen, eine Zahl, die nach den vorausen Erörterungen unmöglich zu erreichen ist. Darum wollen sich die Patriotische Volkspartei und die anderen Königsmacher an das Volk wenden. Nach dem bisherigen Verfassungskommunismus über das Referendum wäre ein erfolgreicher Ausfall der Volksabstimmung in den Staatspräsidentenfrage sehr zweifelhaft. Darum soll jetzt die Verfassung zunächst einmal nach dieser Richtung hin geändert werden. Scott den bisher für eine Volksinitiative verlangten ein Fünftel der Stimmberechtigten (in Bayern gleich 90 000) sollen für die Zukunft nur ein Zwanzigster (gleich 20 000) genügen, und zwar für alle Fälle des Volksbegehrens. Für die Volksentscheidung in Verfassungsfragen muss nach wie vor zwei Drittel der Stimmberechtigten (gleich 1,6 Millionen) abstimmen und davon müssen — und das ist die Brücke für den Staatspräsidenten — nicht mehr wie bisher zwei Drittel für den Antrag stimmen, sondern es reicht einfacher die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Diese von den offenen und verkappten bayrischen Monarchisten verlangte Änderung des § 10 der Verfassung des Freistaates Bayern wird trotz der Opposition der sozialdemokratischen Partei aller Voraussicht nach die parlamentarisch notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten, da sich die Demokraten und der Bauernbund schon vor Jahren als die Staatspräsidentenfrage noch nicht eut waren, in dieser Richtung gebunden haben. Der Landtag wird nun in diesem Monat die Vorlage erledigen.

Hillers Kavallerie.

SPD. München, 13. Juli. (Eig. Drabth.)

Die Hitler-Leute gehen nun auch an die Gründung einer eigenen Kavallerie-Abteilung innerhalb ihrer Partei, nachdem sie schon eigene Gruppen für Flieger, Kraftfahrer und anderes eingerichtet haben. Der zu diesem Zweck eröffnete öffentliche Auftritt ist unterzeichnet von einem Herrn Siegfried, Führer des Kavalleriezuges.

einen kleinen die Jungen, in dem andern ich mit meiner 16jährigen Tochter, was allein schon gegen das Früchte ist.

*
Die Wohnung ist erstens gesundheitswidrig und zweitens gegen die großen Haushaltung auch fitisch nicht maßgebend.

*
Selbiger Herr bewohnt in Köln zwei Zimmer nebst Frau und kann lediglich zwei geben.

*
Direkt unter meiner Wohnung wohnt eine Frau drei Schwestern.

*
Ich habe den Klempner und ein Kind von vier Jahren; dieses ist auf die Zukunft gut vorzubereiten.

*
Der Raum in diesem Hause ist befällig; wenn ich mit ihm lebe, bin ich mit Lebensgefahr verbunden.

Eben Gedanke über den höchsten Berg der Erde. Soen Hedin, der zweimal in Amerika Vorläufe holt über seine Reisen in Amerika, hat hier vor seiner Abreise aus Europa ein Buchlein vollendet, das er "Mount Everest" betitelt hat. Er befiehlt sich dabei mit der englischen Expedition, die auszog, den höchsten Berg der Erde zu erklimmen. (Lehrer, z. A. Brochhausen) Soen Hedin darüber über den Erfolg der Mount-Everest-Expedition ist von Anfang an eine recht triste Geschichte gewesen. Der Ausgang der Expedition hat ihm sehr gegeben in seiner Annahme, daß es der Menschheit allein nicht möglich sein würde, bis auf den Gipfel des Berges vorzudringen. Das Gesetz an der ganzen Linie der Expedition nicht begeisten kann, da was er ganz offen sieht, ist die übermäßige Belastung des reiz Spontanen, das die Engländer der Expedition gaben. Die missverständliche Fortschreibung war deswegen in den Hintergrund; und gerade so kann es der Vorbereitung und der Durchführung der Erkundung als hauptsächliches Ziel in Rechnung gestellt werden müssen. Gern freut sich Soen Hedin in diesen Berichten auch noch anzugeben, wie die Engländer und vor allen Dingen sich der bergisch unbekannte George Green durch die Erfahrung des Berges für sich in Anspruch nehmen. Die Liebster kann den Berg seit Jahrhunderten, und den Namen, den sie ihm geben, "Sagarmas Himalaya" für den Berg des Samna, kann sie nicht mehr aus dem geographischen Wortschatz übernommen werden können. Außer den Briten natürlich, aber auch wenn man mehr als 200 Jahre weiterhin nur jenseitige Berres-

"Billiges Bier".

SPD. München, 13. Juli. (Eig. Drabth.)

In einer Reihe von Artikeln im "Völkischen Beobachter" werden dem bayrischen Finanzminister schwere Vorwürfe wegen der angeblich unsfähigen Leitung des staatlischen Hofbräuhauses gemacht. Heute wird ihm u. a. vorgeworfen, daß der Minister durch den Direktor bedeutend verbilligtes Flaschenbier zugeschalten habe. Der Minister, der auf die bisherigen Angriffe der Hakenkreuzler geschwiegen hatte, gab in der heutigen Sitzung des Landtages bekannt, daß der Direktor des Hofbräuhauses bereits Auftrag auf Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen sich gestellt hat. Weiter erklärte der Minister, daß er nach altem Brauch, wie jeder Beamte und Angestellte des Hofbräuhauses, verbilligtes Bier aus dem Hofbräuhaus beziehe, wogegen wohl niemand etwas einzwenden habe. (!)

Parchim und der Staatsgerichtshof.

Zwölf Angeklagte.

Der "A. Z. am Mittag" zufolge hat der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof die Voruntersuchung in der Parchimer Feine-Mordgeschichte gegen zwölf Angeklagte eröffnet.

Aus dieser Zahl läßt sich schließen, daß der Leipziger Richter im Gegensatz zu der Schweriner Staatsanwaltschaft, die mit sechs Verhaftungen vorgenommen hatte, auch gegen die Hintermänner und Mitwissers dieses Verbrechens vorgeht und daß die Massen, von Harz, Friese, von Lewitz, Schmützigen nicht so glimpflich davonkommen werden, wie wenn sie es ausschließlich mit mecklenburgischen Justizbehörden zu tun gehabt hätten.

Journalistenelend.

Wie Verleger ihre Redakteure behandeln.

Der "Bote aus dem Niedengebirge", der in Hirschberg erscheint, ist ein weit über sein Verbreitungsgebiet hinaus bekanntes, freisinnig-demokratisches Organ mit einer langen und verhältnismäßig respektablen Vergangenheit. Der frühere Chefredakteur dieses Blattes, Dürhold, ist von der Aktiengesellschaft, die den "Boten" herausgibt, nach über 25jährigem Dienst und nachdem er dem Blatt seine geachtete und anerkannte Stellung erarbeitet hat, pensioniert worden und erhielt die, wenn nicht hohe, so doch in Vorfriedszeiten leidlich austreichende Pension von 250 Goldmark im Monat. Ebenso wie seine Auffindungsbedingungen erfolgte auch diese Pensionierung ohne den formellen Vertrag mit der ausdrücklichen Zusicherung, daß für seinen Lebensabend selbstverständlich gesorgt werden würde.

Dürhold, der 76 Jahre alt, vollkommen erwerbsfähig ist, hat alle seine Kinder bis auf eine Tochter verloren, die an einen selbst schwer um die Existenz ringenden Dresdener Musiker verheiratet ist. Der Aufsichtsrat des "Boten" hat auf das Drängen dieser letzten Angehörigen im März dieses Jahres die Pension großmütig auf dasfürstliche Gehalt von 60 000 Mark jährlich (!) und im April auf die Summe von 120 000 Mark jährlich erhöht, welcher Betrag als widerruflich und nachträglich zu zahlender bezeichnet wird. Die Angehörigen Dürholds wandten sich bei dieser Sache an das Gericht mit der Bitte um Bewilligung des Armenrechts. Das Landgericht Hirschberg i. Sgl. lehnte diese Bitte mit der Begründung ab, daß eine Klage in diesem Falle ausichtslos sei, da ein rechtlicher Anspruch auf die Gewährung einer Pension nicht bestehe. Als Prozeßbevollmächtigter der Aktiengesellschaft fungierte der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete Justizrat Dr. Uhlig aus Hirschberg.

Mit diesen Feststellungen vergleiche man die beweglichen Tropen über den Untergang des Mittelstandes in demokratischen Blättern. So entlohnend demokratische Verleger einer führenden und anerkannten demokratischen Zeitung einen Mann, der in Jahrzehntelanger Arbeit ihr Organ groß gemacht hat. Leider kann man nicht sagen, daß dieser Fall vereinzelt darstellt. Eher kann man nicht sagen, daß dieser Fall vereinzelt darstellt. Eher kann man die Behauptung wagen, daß er typisch ist. Hoffentlich nimmt sich solcher Fälle auch der Reichsverband der deutschen Presse an und zwingt den Verleger zur Erfüllung seiner moralischen Pflichten.

auf ihren Missionssreisen das Gebirge und auch sie kannen bereits den höchsten Gipfel der Erde, was aus französischen Karten ganz einwandfrei hervorgeht. Vor allem unterscheiden diese Mönche schon jetzt wohl zwischen Tschomolangma und Gaurisankar, während spätere europäische Angaben die beiden höchsten Gipfel des Himalayagebirges fälschlicherweise zusammenlegen. Als Anhang ist dem Buch der Vortrag beigegeben, den Soen Hedin auf der letzten Tagung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte über Tibet und seine Bewohner gehalten hat.

Die Entwaldung der Welt. Eine Übersicht über die Forstbestände der Welt läßt keinen Zweifel darüber, daß die Verarmung der internationalen Waldwirtschaft geradezu rapide Fortschritte macht. Europa ist schon längst nicht mehr imstande, seinen Holzbedarf aus der eigenen Erzeugung zu decken, muß vielmehr Holz aus allen Erdteilen in großen Mengen einführen. Auch Asien ist im Vergleich zu seiner großen Ausdehnung arm an Wäldern. Es besteht zwar in Sibirien noch einen gewaltigen Waldbestand, den man aber bereits stark abholzen beginnt. Von anderen Gebieten ist wenig zu erhoffen. Die Türkei, Persien, Turkestan, Arabien und Afghanistan werden im wahren Sinne des Wortes von Bäumen entblößt. Indochina und Annam leiden unter gewaltiger Dürre und infolge der Abholzung an regelmäßigen wiederkehrenden Wüsten. Die Mitte Asiens ist eine Wüste, China kann nur schwer seinen Bedarf decken und auch Japan sieht sich außerstande, Holz auszuführen; es muß Holz vielmehr in großem Umfang einführen. Afrika besteht allerdings in seiner äquatorialen Zone noch verhältnismäßig große, im Urzustand befindliche Waldreserven, die sich über den Oberlauf des Nil, Dahomey und den Kongos westwärts bis zum Atlantik erstrecken. Der ganze übrige Rest aber ist bereits verwüstet. Ägypten lebt ausschließlich von Holzexport. In Ostafrika sind Wälder nahezu unbekannt und alle übrigen Staaten Südostasiens, das glatt ist wie der Rücken einer Hand, sind gezwungen, sich Holz von weiterer Seite zu verschaffen. Sie beziehen ihr Bauholz selbst von Schweden. Australien ist in seinem mittleren Teil ebenfalls von Holz entblößt und überdies für die Verarbeitung ungeeignet. In der Randzone ist es allerdings reich mit Wald bedacht, aber auch hier hat die Forstwirtschaft bereits ungeheure Schäden angerichtet. So ist es Amerika allein, das vor allem in Kanada über den größten Holzvorrat verfügt. Über ein riesiger Ausfuhrhandel sorgt auch hier dafür, daß die Verarmung ständig Fortschritte macht. In dieser Beziehung braucht man nur darauf hinzuweisen, daß in zwei Jahrhunderten hier Holzmengen verbraucht wurden, so groß, wie sie Europa kaum in 20 Jahrhunderten verbraucht hat. Das gilt auch für Südamerika und sein reiches Holzland Brasilien.

SPD-Sozialistische

Die ersten wertbeständigen Löhne.

Die Bestrebungen nach wertbeständigen Löhnen stehen jetzt im Anfangsstadium der praktischen Durchführung. Es kann insgesamt nicht wundern, daß die wenigen Tarife, die es in dieser Art bisher gibt, die mannigfältigsten Formen aufweisen. Sobald es möglich ist, wird allerdings das Beste reichen, nämlich Tarife auf einheitliche Papiermark zurückzuführen, wenigstens spricht dafür die wirtschaftswissenschaftliche Folgerung, den Wertmaßstab für Waren und Leistungen wenigstens eingeräumt gleichzeitig zu gestalten und damit wesentlich eine neue feste Bezeichnungssubstanz zu schaffen, nachdem die Papiermark als Wertmaßstab vollkommen vernichtet ist. Es wird an die Dauer unerlässlich werden, wenn Warenpreise und Leistungen mit anderen Schlüsseln gemessen würden, es würden sich daraus wirtschaftliche und soziale Missstände ergeben, die von selbst nach Abhilfe drängen und die Forderung nach einem einheitlichen Wertmaßstab ebenso zwingend machen, wie die wertbeständigen Löhne nicht von irgend welchen Agitationen gemacht werden sind, sondern sich aus dem Zwang der fortgesetzten Marktorbschlechterung ergeben haben, deren Wirkungen ein privilegierter Teil der Benützung, die Sachwertbesitzer, auf Kosten des übrigen Volkes sich zu entziehen suchen.

Noch ehe die Bewegung nach wertbeständigen Löhnen in großem Stile eingesetzt hat, ist in der Herren- und Damenteilbranche der Bekleidungsindustrie Deutschlands ein Gleitlohn geschaffen worden, der sich der Teuerung im allgemeinen anpaßt, aber die Teuerung in der Woche des Verbrauches noch nicht berücksichtigt. In ähnlicher Weise haben die Betriebskammern eine obligatorische Berücksichtigung der Teuerung bei ihren Gehältern durchgesetzt. Während sich jedoch der Tarif der Bankangestellten nach den amtlichen Teuerungsziffern zieht, bei der Bekleidungsindustrie eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgestellte eigene Meßziffer ihrer Teuerungsziffern gründet gelegt. Nach tastender, aber in einzelnen Fällen schon bestimmt ist der Versuch, im Berliner Einzelhandel für die angestellten wertbeständige Löhne durchzuführen. Er müßte sich zunächst darauf beschränken, im Zul. Dollar und Goldschlüssel als Meßziffern der Teuerung zu benutzen, weil der verbesserte amtliche Index, der jetzt wöchentlich erscheint, noch nicht bestand. Im dem Tarifvertrag ist vorgesehen, ein Ladexverfahren nach den Kleinhandelspreisen vorzubereiten, falls im August noch kein verbessertes amtlicher Index vorliegt.

Die Gleisskala, die in dem jetzt noch schwerem Kampfe angemommenen Tarif der Metallindustrie enthalten ist, steht ebenfalls private Feststellungen vor, auf Grund deren die Löhne in den letzten Zwischenwochen bemessen werden sollen. Der Tarif enthält auch eine Klammer, wonach im Monat Juli eine Vollherabsetzung ausgeschlossen bleibt, selbst wenn die Preise inzwischen zurückgehen sollten. Diese Sicherung ist von besonderer Bedeutung, weil es immerhin denkbare ist, daß ein in raschen Verhandlungen aufgestellter Index einzelne Warenpreise, die bei einer etwaigen Belebung der Mark verhältnismäßig schnell fallen, zu fast berücksichtigt und bei einer Senkung des Dollarkurses die Löhne senken müßte. Das ist im Hinblick auf die starke Senkung des Reallohnes, wie auch nach der Annahme des neuen Tarifes gegenüber dem Vorriegstand noch immer zu verzeichnen ist, von besonderer Bedeutung.

Die radikale Form der wertbeständigen Löhne ist in einem Tarif angewandt worden, der zwischen der Berliner Stadtgüter H. m. b. H. und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter für die Gutsarbeiter vereinbart worden ist. Hier bauen sich die in Papiermark gezahlten Löhne auf dem Roggenpreis auf. Das Experiment ist gesäßlich, weil der Roggenpreis nicht nur mit dem Dollarkurs in die Höhe, sondern auch mit ihm ziemlich automatisch heruntergeht, ja, wie es sich z. B. im März gezeigt hat, für kurze Zeiträume wesentlich unter dem Weltmarktpreis sinken kann, während die Lebenshaltungskosten weit davon entfernt sind, zu fallen. Diese Tendenz der radikalen Wertmaßstäbe — sie würde bei reinen Goldlöhnen am stärksten hervortreten — ist es auch gewesen, welche die Spitzengewerkschaften abgehalten hat, einen wertbeständigen Lohn auf der Grundlage des Dollarkurses anzustimmen. Der Tarifvertrag der Berliner Gutsarbeiter racht die Gefahren, die sich daraus ergeben, zu vermeiden, indem er bestimmt, daß einmal der durchschnittliche Wochenpreis des

Roggens für die Bezahlung angesetzt wird, dann aber, daß auch bei einer Senkung des Roggenpreises die Löhne nicht sofort herabgesetzt werden können, sondern erst von dem Augenblick ab, wo der Kleinhändlersmilchpreis herabgesetzt wird. Der Kleinhändlersmilchpreis steht unter behördlicher Kontrolle, er wird seitenweise von dem vom Weltmarkt her bestimmten Tarifpreisen beeinflußt. Durch seine Einbeziehung in den Tarifvertrag ist also die Wirkung einer Zusollkonjunktur in Roggen auf die Höhe der Löhne stark abgeschwächt.

Nicht ganz deutlich ist das Bild bei den übrigen Tarifverträgen insfern, als noch nicht überall feststeht, ob die gemessene Teuerung der Verbrauchsware nach technischen Maßstäben bei den Leistungsziffern automatisch berücksichtigt wird oder ob man die verfügbaren staatlichen oder privaten Leistungsziffern lediglich als allgemeine Grundlage für die einzelne Verhandlung nimmt. Die Wertbeständigkeit der Löhne ist erst dann sicher, wenn man in allen Fällen nur nach einem festen Maßstab verfährt und einer Szeit über die Bewertung der Leistungsziffern ausschließt. Läßt die Forderung jetzt noch nicht überall erreicht werden, so kann den großen Erfolg, der bisher in den einzelnen Kämmen erreicht werden ist, nicht mindern. Wir stehen erst am Anfang, über der obliche Lohn, der die Vorauflösung für eine ehrliche Wirtschaftsführung ist, läßt sich nicht mehr anhalten.

Sozial-Sozialistische Einheitsfront.

Maraug vor kommunistischer Lockspielei.

Über einen bezeichnenden Vorgang, der auf die Zusammenarbeit der Kommunisten und der Deutschnationalen hinweist, berichtet Genosse H. Kräsig in der „Leipziger Volkszeitung“. In einer großen Volksversammlung in Plauen trat ihm als kommunistischer Hauptredner ein Herr Dr. med. Schmitz aus Bad Elster entgegen, der offen aussprach, daß die Kommunisten in Plauen darauf losarbeiten, ihre Hundertschaften zu Putschzwecken vorzubereiten. Der französische Beisitz seiner Parteimitglieder zeigt, daß es sich hier um keine Einzelmeinung handelt. Dr. Schmitz machte sich lustig über die parlamentarische Sachverleihung. Wenn überhaupt Sachverleihung, dann doch nur solche, die durch die Hundertschaften vorgenommen werden. Er verlangte deshalb nicht nur zehn Hundertschaften in Plauen, sondern hundert, und er verlangte, die faschistischen Kreise für die Sache der Hundertschaften zu gewinnen.

Ebenso wie über die parlamentarische Sachverleihung, für die die Kommunistische Partei noch vor einigen Tagen ihren Gesetzentwurf im Reichstag eingekragt haben — mache ich Dr. Schmitz lustig über die Forderung nach wertbeständigen Löhnen. Als wehrhabender Arzt, der seine Honorare wertbeständig gestaltet, könnte er das um so eher tun, als bei den Kommunisten tatsächlich die Theorie und die Praxis meist zweckander im Widerspruch stehen. Tatsächlich man aber sein gesamtes Vorgehen zusammen: seine Verhöhnung jedes organisierten Vorgehens der Arbeiterschaft, seinen Appell an die Hundertschaften, die alles direkt und viel besser machen würden, keinen Rat, daß man die faschistischen Elemente heranziehen müßte usw., so muß man dem Genossen Kräsig recht geben, daß man es hier mit einem eklanten Fall kommunistischer Lockspielei zu tun habe. Wenn Menschen wie Dr. Schmitz auf die Arbeiterschaft loslassen werden, die im Namen der Kommunistischen Partei sprechen dürfen und — bewußt oder unbewußt — für die Interessen der Bourgeoisie einzutreten, mit der sie auf das engste verknüpft ist, so ist die dringende Mahnung an die Arbeiterschaft berechtigt, den mit den Deutschnationalen liebäugelnden Kommunisten, die den Boden für den faschistischen Umsturz vorbereiten, scharf auf die Finger zu leihen.

Hauschriften bei reichen Juden.

Aus dem Buche der ungarischen Konterrevolution.

Die Untersuchung in der Angelegenheit des versuchten Bombenattentats im „Clubcafé“ in Budapest hat geendet wie bisher

alle ähnlichen Untersuchungen der ungarischen Polizei: die verhafteten Mitglieder der Organisation der „Erwähnenden Ungarn“ wurden aus der Haft entlassen und die Untersuchung ist bei dem bekannten Toten Punkt angelangt. In der Nationalversammlung haben die oppositionellen Abgeordneten offen ausgesprochen, daß eine „geheimnisvolle Hand“ alle diese Untersuchungen niederschlägt, und gegen die Macht dieser Hand, die wohl die des Reichsverwesers Horvath sein dürfte, kann keine Macht auskommen. Einige unrechte jugendliche Arbeiter haben lithographierte kommunistische Flugblätter verteilt; sie wurden zu 127 Jahren schweren Ketten verurteilt von denselben Behörden, die die Bomberwerfer nicht ansprechen und die Mörder nicht verurteilen können.

Sehr lustig ist, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ mitteilt, die Begründung, mit der unter anderem die Polizei die Haftentlassung der „Erwähnenden Ungarn“ der Öffentlichkeit mitteilt: die Mörder Rumboldt, Illu, Schönits und andere sind seit längerer Zeit bei jüdischen Firmen angestellt und ihre Chefs haben bei der Polizei ausgesagt, daß die antisemitischen Herren Raubmöder ihren Bureaubüroden tödlich nachkommen. Die Tatsache zeigt eigentlich die Verbündung der „Erwähnenden“ und der jüdischen Kapitalisten. Die reichen Juden von Budapest wurden früher unterbrochen durch die Emissäre der „Erwähnenden“ gebrandmarkt und die Expressen nahmen kein Ende. Nun sind die Bankdirektoren und Großkaufleute auf den Gedanken verfallen, sich einen dieser Bravos gleichsam als Blizabotler zu mieten, und durch die Fütterung eines einzigen können sie sich die ganze Bande vom Halse schaffen. So endet der antisemitische Kurs in Horvath-Ungarn mit der Einführung der Institution des Haushüters bei den reichen Juden, die es sich leisten können.

Deutschnationale Rechtsprechung.

Die Lehrer sind Volksverbrecher und Volksverführer.

Aus Neidenburg in Ostpreußen wird uns geschildert: Am 24. Januar hieß der deutschnationale Agitationssprecher Hoppe aus Michalken in Sabrawa, Kr. Neidenburg, eine öffentliche Versammlung ab. Dori erklärte er: „Die Lehrer sind nicht Volksverzieher, sondern Volksverbrecher und Volksverführer.“ Als er von dem anwesenden Lehrer Testke aufgefordert wurde, diese Bekleidung zurückzunehmen, erklärte er: „Ich habe nichts zurückzunehmen, sondern was ich gezeigt habe, halte ich voll und ganz aufrecht.“ Darauf wurde von der Lehrerschaft gegen Hoppe eine Bekleidungslage angezeigt, die am 22. Juni vor dem Amtsgericht Neidenburg zum Auszug kam. Obwohl der Anklageverteilter unter Zugrundelegung einer Beleidigungstrafe von drei Monaten 750 000 Mark Geldstrafe beantragt hatte, sprach das Gericht den Angeklagten frei. Das Urteil war in der gesamten Lehrerschaft ungeheure Erleichterung wachgerufen. Man darf also einem ganzen Stand dreist und öffentlich die Ehre nehmen. Die Lehrerschaft hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Neumünster Heimann Bauer; für Bremen Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedlich Werner & Co. komisch in Lübeck.

Ihre Nachbarin ist immer

so elegant gekleidet, weil sie ihre Kleider, Blusen usw. aus mit den weltberühmten echten Heimann's Farben, Marie Antoinette im Stern, selbst färbt. Tun Sie es auch und Sie sind eben so elegant gekleidet.

Heimann's Farbe spart den Farber.

schen? Das ist einer jener Worte, bei denen man nicht lachen kann.“

„Justine, encore du vin,“ rief Henslowe.

„So, du kennst ihren Namen?“

„Ich lebe hier.“ Justine mit ihren roten Händen, die so viel Geschirr abgewaschen hatten, von dem andere Leute gut gegessen hatten, setzte einen roten Schmuck auf den Tisch nieder.

„Weißt du,“ sagte Andrews plötzlich, schnell und errötet sprechend, während er sich das unordentliche Haar aus der Stirn strich, ich hätte nichts dagegen einzuwenden, am Ende eines Jahres erhoffen zu werden, wenn ich die ganze Zeit hier leben könnte mit einem Klavier und einer Million Blatt Notenpapier ... Es würde sich schon lohnen.“

„Aber das hier ist ja ein Platz, um zurückzukehren ... Stell dir nur vor ... hierher zurückzutreten von dem übernatürlichen Hochland, wo du fast erstaunt bist und staunst und wirst und die Tochter eines oghamischen Häuptlings gelebt hat, die sich die Lippen immer rot einstainierte, so daß ein lächerlicher Geschmac blieb, wenn man sie viel gefüßt hat.“

Henslowe strich leicht über seinen kleinen, braunen Schnurrbart.

„Aber welchen Wert hat es, die Dinge nur zu sehen und zu fühlen, ohne sie ausdrücken zu können?“

„Welchen Wert hat es überhaupt, zu leben? Nur um des Spazierwillen, Mann, verflucht noch mal.“

Sie starrten beide schwiegend aus dem Fenster in den Nebel, der sich dicht dagegen gelagert hatte wie Baumwolle, nur weißer und mit einer grünlich goldenen Farbe.

„Die Militärsoldaten werden uns die Nacht nicht kriegen,“ sagte Henslowe und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Zum Donnerwetter noch mal. Erinnerst du dich an den Mann, der die Weinstafette zertrümmert? Der gab mir nichts was. Und ich spricht von Asdrubal. Warum drückst du das nicht aus? Ich dente, das ist der Wendepunkt deines Lebens. Das ließ dich ja nach Paris kommen. Du kannst es nicht ableugnen.“

Sie lachten beide laut. Andrews verschüttete, mit den klaffenden Zähnen, den Lakritzenkuchen und den dunklen Augen des Mädchens Kontakt zu bekommen.

„Wollen Ihnen davon erzählen,“ sagte er noch lachend, und sein Gesicht, das nach den Monaten im Hospital noch immer blutlos war, rötete sich plötzlich.

„Salut!“ rief Henslowe, wandte sich um und erhob das Glas. „Nous rions, parceque nous sommes gris de vin gris!“

Dann erzählte er ihnen von dem Mann, der das Glas gegessen hatte. Er stand auf und erzählte gestreichelt und langsam, mit einer gedehnten Stimme. Und Justine lächelte.

„Und Ihr lebt hier?“ fragte Andrews, nachdem sie alle gekostet hatten.

„Innen. Nur festen gehen ich in die Stadt. Es ist so schwierig. Mein linkes Bein ist ganz abgestorben.“

Er lächelte wie ein Kind, das von einem neuen Spielzeug erzählt.

„Und du?“

„Wie könnte ich wo anders sein,“ antwortete das Mädchen.

„Es ist ein Vergleich, aber es ist so.“

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Soldaten.

Roman von John dos Passos.

Das dem amerikanischen Manuskript übersehene von Julian Sapper. Nachdruck verbeten. Der Matz-Verlag, Berlin.

47. Fortsetzung.

„Das muß ja die Hölle gewesen sein, nicht? Warum kommt du nicht mit mir nach Paris?“

„Will mich nicht erwischen lassen,“ stammelte Andrews.

„Ach, feineswegs. Kenna die Schläfe. Mußt nur von den Bahnhöfen wegbleiben, könne gehen und deine Säume immer ordentlich putzen, daß sie richtig glänzen. Und außerdem bist du ja 'n tüger Kerl, was.“

„Nicht so schlimm ... Wollen eine Flasche Wein zusammen trinken. Kann man hier nichts zu essen kriegen?“

„Es gibt hier nichts Anständiges. Kann hier nicht aus dem Bahnhof rausgehen, weil ein Militärpolicist draußen vor der Tür auf und ab geht ... Aber man kann ja im Marseilles-Etablissement zu Abend essen.“

„Aber ich kann doch nicht mit nach Paris ...“

„Aber sicher. Wie heißt du denn?“

„John Andrews.“

„Ach, John Andrews, alles, was ich sage, ist: mach' dir 'ne gute Zeit, froh allem.“

Er zog die Flasche so hart auf den Tisch nieder, daß sie zerbrach und der rote Wein über den schmutzigen Marmortisch flößt und glitzernd auf den Boden tropfte. Einige französische Soldaten, die in Gruppen herumstanden, wandten sich um.

„Glaubt mir gars qui gespiile le bon vin,“ schrie ein kleiner Mann mit rotem Gesicht und langem, herabhängendem Schnurrbart.

„Pour vingt sous j'mangerai la bouteille,“ schrie ein kleiner Mann, schob sich vorwärts und beugte sich trunken über den Tisch.

„Gib acht,“ sagte Henslowe. „Andrews, der sagt, er will die Fleische hier für einen Franc aufzressen ...“

Er legte einen glänzenden Silberfranc auf den Tisch, neben die Reihe der zerbrochenen Flasche. Der Mann ergriff den Hals der Flasche mit einer schwarzen Hand, die wie eine Klave auszahlt. Er war ungleich schwungvoll, hatte einen langen Bart, der wie von Winden zerstroßen aussah, und rote Flecken auf den Backen. Seine Uniform war voller Dreck. Als die andern sich um ihn drängten und ihn davon abzuhalten versuchten, legte er mit: „M'en jou, c'est mon metier“ und rollte mit den Augen, so daß das Weisse darin in dem schwachen Licht aussah wie die Augen eines toten Dorfes.

„Er will das wirklich fressen!“ schrie Henslowe.

Die Zähne des Mannes glitzerten und trachten dann auf die Ecken des Glases nieder. Es gab ein entsetzliches, knackendes Geräusch. Er schwankte den Flaschenhals.

„Der frägt das wirklich!“ schrie Henslowe brüllend vor Lachen.

„Und du fürstest dich, nach Paris zu schreien.“

Eine Motoromobile ratterte in den Bahnhof, dumpf zischend.

„Das ist der Zug nach Paris. Tious!“

Er drückte den Francs in die schmutzende Hand des Mannes.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 14. Juli.

Arbeiterpresse und Gewerkschaften.

Wie die Gewerkschaften bedeutet die Arbeiterpresse ein unentbehrliches Kampfmittel. Sie steht ihnen jederzeit zur Verfügung und täglich tritt sie für die gewerkschaftlichen Forderungen ein. Velder kümmert sich noch zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder nicht um die Arbeiterpresse. Sie lesen bürgerliche Blätter, die den Unternehmern Beistand leisten und die Arbeiterschaft bekämpfen. Die Arbeiterzeitungen geraten in immer größeres Bedängnis. Das ist es Pflicht der Gewerkschaften, sich ihr Kampfmittel zu erhalten. Das hat eine Konferenz der Gauleiter und Angestellten der Gewerkschaften in der Provinz Brandenburg erkannt. Sie hat zur Not der Arbeiterpresse Stellung genommen und in einer Erklärung einstimmig festgestellt, daß der gewerkschaftliche Kampf nicht mit Erfolg durchgeführt werden kann ohne eine Presse, die die öffentliche Meinung im Sinne der Kämpfenden zu beeinflussen sucht. Sie hat weiter die Auffassung vertreten, daß Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterpresse untrennbar miteinander verknüpft sind, daß eines ohne das andere die gestellten Aufgaben nicht zu lösen vermag. In der Erkenntnis dieser Tatsache hat die Konferenz die Spartenorganisationen der Gewerkschaften ersucht, folgende wichtige Forderungen alsbald praktisch werden zu lassen:

1. Durch Ausschreibung eines außerordentlichen Pflichtbeitrages der Arbeiterpresse Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Beitrag muss mindestens 20 Mark pro Mitglied betragen.
2. Die örtlichen Verwaltungsstellen sowie Ortsausschüsse aufzufordern, mehr wie bisher für Veröffentlichungen den Zentralteil der Presse zu benutzen.
3. Die Mitglieder aufzufordern, Abonnenten der Arbeiterpresse zu werden.

Die Konferenz verpflichtete sich, diese Forderungen im eigenen Besitz zu verwirklichen, falls die Spartenorganisationen nicht umgehend den geäußerten Wünschen Rechnung tragen sollten.

Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsvertreter ist nur zu begreifen. Mögen die Spartenorganisationen handeln, ehe es zu spät ist. Die Gewerkschaften brauchen die Arbeiterpresse. Muß diese ihr Erscheinen einstellen, so ist das der schwerste Schlag, der die Gewerkschaften trifft. Die Haupttache ist, daß jedes Gewerkschaftsmitglied Abonnement der Arbeiterpresse wird und sie auch bei den kleinsten privaten Anzeigen benutzt.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Von der Arbeitsbehörde wird uns mitgeteilt, daß die Erwerbslosenunterstützung vom 9. Juli ab — und für die Erwerbslosen, die seit dem 18. Juni oder länger unterstützt werden, — sogar schon vom 2. Juli um 80 v. H. heraufgesetzt wird. Eine alsbaldige weitere Erhöhung erscheint der Reichsregierung jedoch unverzüglich, sodoch in Aussicht genommen ist, bereits vom 16. Juli ab die jetzt erhöhten Sätze abermals nicht unwe sentlich zu erhöhen.

Die Straßenbahner in Zivil? Bei der Straßenbahn sind Differenzen zwischen der Belegschaft und der Direktion über die Bezahlung der Dienstkleidung entstanden. Bisher war die Kleidung unentgeltlich als Ausgleich für die unregelmäßige Dienstzeit geliefert worden. Jetzt sollen laut Schiedsspruch 4 Prozent des Lohnes, heute also etwa 80 000 Mark monatlich bezahlt werden. Diesen Schiedsspruch hat die Belegschaft abgelehnt. Die Direktion besteht darauf. Deshalb hat — wie uns berichtet wird — die gefaßte Belegschaft vom morgigen Sonntag ab (Abstimmung des Fahrgärtnerpersonals: 98 gegen 8 Stimmen) beschlossen, vom 15. Juli ab in Zivil zu fahren.

Große Hafendiebstähle in Strumpfwaren, Handtüchern, Stoffen, Nähgarnen usw. bildeten am Mittwoch vor der Staatskammer den Verhandlungsgegenstand. Angeklagt waren die drei Hafenarbeiter B., Sch. und O., sowie 4 verfeindete Frauen, ein Gastwirt M. und die Modemarengeschäftsinhaberin W. Die Hafenarbeiter hatten lange Zeit für Schiffsladungen bestimmte Güter erbraucht und Waren daraus gestohlen. Abnehmerin war die Geschäftsfrau W., die die Waren von den Angeklagten kauft hatte, die sie wiederum von den anderen Frauen bezog. Insgesamt hatte Frau W. für etwa 11 Millionen Mark Waren gekauft. Sie behauptet in dem Glauben gehandelt zu haben, nur reelle Käufe zu tätigen. Die Diebstähle im hiesigen Hafen erregten großes Aufsehen und schädigten den Güterverkehr über Lübeck. Das Gericht verurteilte die Hafenarbeiter zu 6, 8 und 12 Monaten, die Geschäftsfrau St. und H. zu je 5 Monaten Gefängnis, die Helferin Frau St. aber zu 1½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Haftverlust. Die Geschäftsinhaberin W., sowie zwei weitere Frauen und der Gastwirt M. wurden freigesprochen. Der Frau W. habe nicht nachgewiesen werden können, daß sie die Waren gekauft hätte, wenn sie deren Herkunft gelernt hätte. Frau St. wurde gegen eine Buße von 300 000 Mark begnadigt.

Der Arbeitsmarkt im Juni. Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes hat sich im Monat Juni gegenüber dem Vormonat in fast allen Berufsgruppen bedeutend gebessert. Besonders erfreulich ist es, daß die Lage für die ungelehrten Arbeiter weit günstiger war als im Monat Mai. In der Metallindustrie haben zwar verschiedene Großbetriebe wegen Mangel an Arbeit Kurzarbeit einzühren müssen, aber größere Entlassungen sind auch in diesen Betrieben erstaunlicherweise vermieden worden. In der Landwirtschaft konnte der Bedarf an jungen Knechten nicht gedeckt werden. Auch das Holz- und das Baugewerbe waren sehr gut beschäftigt. Am Schluß des Berichtsmonats waren fast alle Facharbeiter dieser beiden Berufsgruppen in Arbeit. Im Handelsgewerbe war die Beschäftigungsmöglichkeit für ältere Angestellte leider sehr gering. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt forderte das Süßstoffgewerbe weibliche Arbeitskräfte an. Personal wird nach wie vor im größeren Umfang gehucht.

Vollspiegelblätter. Am Sonntag, dem 15. ds. Ms. kann das Lübecker Volks- und Erinnerungsfest (allgemeines Scheibenfest) sein 75jähriges Bestehen zürükblicken. Es wurde zuerst im Jahre 1848 auf dem Schützenhof in der Hafenburger Allee, später auf dem Burgfeld gespielt und hat in den letzten Jahren einen wundervollen Aufgang oder Erfolg in allgemeinem Kirmesumzug gefunden. Die eingeschworenen Lübecker und Volkstanzbegeisterten aber hoffen auf eine Wiederkehr im alten Stil. Und doch wird die Zeit auch über diezen Zauber hinwegschreiten, trotz der diesjährigen idealen Volksfeier.

Die deutsche Innen- und Außenpolitik.

Besprechung der Schwartauer Vorfälle.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag abend fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Der große Saal war dicht besetzt; trotz der drückenden Hitze. Wie eine riesengroße Volksversammlung sah es aus; und unterschied sich erfreulicher Weise von den schwachbeladenen Monatsversammlungen des letzten halben Jahres. Viele neue Gesichter waren zu sehen; besonders auch junge Genossinnen und Genossen. Ihnen gilt besonders unser Gruß! Denn sie brauchen wir am dringendsten! Mehr und mehr wird die SPD die Partei aller Republikaner, des gesamten arbeitenden Volkes. Klar zeigte das der Donnerstag: Zwischen den langen Reihen der altbewährten Handarbeiter werden die Angestellten und Beamten immer zahlreicher; Mitglieder aller Stände, denen die Not des Volkes und unseres Landes das Denken gelehrt hat, stehen in hinter Reihe. Die Partei des Volkes!

In vorzüglich sachlicher Weise beschäftigte sich die Versammlung hauptsächlich mit der deutschen Politik. Sowohl der äußeren wie der inneren. Genosse Dr. Leber hatte das Referat übernommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Gen. P. Löwigt der verstorbenen Mitglieder. Einen waren Nachruf widmete er dem Genossen Gustav Meyer, der ein ganzes Menschenalter hindurch für die Partei gewirkt hat.

Hierzu erstattete Genosse Wolfstadt den Kassenbericht vom 2. Quartal 1923. Die Einnahme betrug 11 136 607 Mk., die Ausgabe 9 163 671 Mk. Jerner begründete Genosse Wolfstadt den Antrag des Vorstandes, einen Sonderbeitrag von 1 000 Mark für den Monat Juli zu erheben. Nur die Genossen, die voll in Erwerbsleben stehen, sollen diesen Sonderbeitrag bezahlen. Ausgenommen sind die Frauen, Invaliden, Kurarbeiter und Erwerbslosen. Das Eintrittsgeld beträgt für Juli 100 Mark. Der Antrag des Vorstandes wurde einstimmig angenommen.

Hierauf sprach der

Genosse Dr. Leber

über deutsche Außen- und Innenpolitik. Nur einen kurz zusammengefaßten Bericht können wir von seinen interessanten Ausführungen geben. In großen Zügen führte er folgendes aus:

Leber den letzten knapp Jahren der Geschichte Europas sieht wie ein verhängnisvoller Schatten der immerwährende Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Tragödie eines stets unentdeckten Kampfes zweier hochstehender Nationen bildet den immerwährenden Hintergrund der möglicherweise auf- und abschließenden geschichtlichen Entwicklung. Kriege ohne Zahl begleiten den Weg; Blut und Graueichen lassen ihn ein. Abwechselnd oder gleichzeitig stürzen dabei die beiden Völker in größtes Elend. Aber kein Einzelnen erleuchtete die Massen: Pfaffen und Militärismus führen. Uebten ihre Herrschaft aus, über eigenes und fremdes Land. Die Besten beider Nationen forderten Verständigung; predigten Versöhnung. Namen wie Anatole France, Romain Rolland, Goethe und Kant touchen an. Union vor alles. Dem Sozialismus blieb es vorbehalten, die Völkervereinigung, die Versöhnung zum Gemeingut der Völkermaßen hohen und darüber zu machen. Ist dieses hohe Ziel nicht unserer aller Arbeit und Hingabe würdig?

Vom geschichtsphilosophischen Rückblick zum realpolitischen Überblick! Der deutsch-französische Streit rüttet heftiger als je. Unsere Hoffnungen auf Einheitlichkeit, auf Lösung von außen werden immer geringer. Der Papst hat eingegriffen — vergebens. Jetzt steht unsere Hoffnung auf England. Und auch diese wird trügerisch sein. England möchte Ruhe haben. Ruhe für seine Geschäfte. Das ist richtig! Und es ist erbost auf den ewigen Unruhestifter Frankreich. Auch das ist richtig. Aber England hat zu viele Sorgen in der ganzen Welt. Indien, Ostasien usw. Und hätte es dann die Macht, Frankreich zur Aenderung seiner Politik zu zwingen? Nein! Das weiß Frankreich. Deshalb sein Auftreten. Und wir müssen damit rechnen. Amerika aber, von dessen Hilfe manchmal geredet wird, befindet sich gegenwärtig in einer in glänzenden Wirtschaftslage, doch es nur eine Sehnsucht hat: von den unvermünftigen Europäern ja nie mehr gestört zu werden. Nach alter Überlegung gibt es für uns, für Deutschland nur einen Ausweg: hilf dir selbst.

Diese Selbsthilfe aber ist eine Frage der deutschen Innenpolitik. Und hier tauchen unvermeidlich und kläffend zwei Worte auf: Nutzbeziehung und Währungselend. Mit wenigen Worten wird der offensichtliche unselige Nutzen beiseite geschoben. Damit die Währungsfrage ausführlicher behandelt werden könnte. Dabei stieß der Referent sofort auf die glorreiche Regierung Cuno: Bei Cunos Amtsantritt stand der Dollar auf 4500, heute auf rund 200 000. Immerhin ein Erfolg für den Finanzminister der Volkspartei. Das allertraumtigste Kapitel aber war die Stützungsaktion im März dieses Jahres, die so schmälerlich zusammengebrochen. Warum? Die Reichsbank gab ihre letzten Devisen her und greift ihre Goldreserven an, um die Mark zu halten. Und gleichzeitig taucht Störung im Auftrag der Reichsbahn hunderttausende englische Pfund. Und gleichzeitig gibt diese Reichsbahn Riesenauflösungen in Kohlen und Eisenbahngütern nach England. Als sie bezahlt werden sollten, reicht nirgends das Geld und sie müssen im Ausland selbst wieder verhindert werden. Und als die Mark zusammengebrochen, da stellte sich das Schönste heraus: die Reichsbahn hatte noch hunderttausende englische Pfund usw. liegen. Ein Finanzminister regierte gegen den andern. Und Cuno, anstatt die Herren etwas aufzuklären, riss sie in den Irren und hielt patriotische Ansprüche. Und unterdessen regieren seine Kollegen in Berlin alles kurz und klein. Ein schönes Finanzministerium! Aber es wird einfach weitergewirtschaftet. Die Rotenprese läuft ohne Unterlaß. Statt Steuern — Defizit ins Geheue. Der Finanzminister Hermes ließ die kommende Schulden des Reiches (der ungeheure Rotenumsatz) von einer Billion im Januar auf 15 Billionen heute ansteigen. Und immer weiter gehts. Auf je eine Mark Einnahmen gibt man 50 Mark auf Pump aus. Dabei verzerrt die wachsende Geldentwertung unter Steuererhöhung mehr und mehr. Bevor ich Ihnen Zahlen nenne, ein kurzer Rückblick. Vor drei oder vier Monaten war es. Ich sprach in der Bürgerschaft über das unerhörte Steuerunrecht. Und nannte für die Steuereingänge im März Zahlen, die jedem bürgerlichen Politiker die Röte der Sachen ins Gesicht treiben mußten. Neun Zehntel der gesamten Einkommensteuer entstammten dem Lohnabzug; der gesamte Preis, Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe, bringen kaum ein Zehntel auf. Darauf wurde ich von dem Demokraten Schröder sehr dummen, von dem deutsch-nationalen Reimpel etwas kluger angegriffen. Herr Schröder behauptete einfach, alles sei gelogen und erfunden. Herr Reimpel aber meinte, der große Abstand komme daher, daß die Einkommensteuer der freien Betriebsgruppen für

das Jahr 1922 erst im April oder im Mai bezahlt würden. Ich kann diesen beiden Herren heute antworten, und ihnen damit gleichzeitig sehr interessante Zahlen mitteilen. Im April also, in dem ein großer Teil der Kapitalisten ihre Steuern für das ganze Jahr 1922 entrichteten, setzte sich die Einkommensteuer so zusammen (ich entnehme die Zahlen der Zeitschrift des Statistischen Reichsamts):

aus dem Lohnabzug: 219 Milliarden

andere: 58 Milliarden

Auch die übrigen Steuern dieses Monats sind sehr interessant:

Umsatzsteuer 236 Milliarden

Körperschaftsteuer 5 Milliarden

Betriebsgenossenschaftsteuer 0,4 Milliarden

Kapitalertragsteuer 0,9 Milliarden

Reichsnaturpflege 0,2 Milliarden

Diesen Zahlen brauche ich nichts hinzuzufügen. Hoffentlich auch für die Herren Schröder und Reimpel nicht.

Nicht viel anders als diese gerade verbrecherisch leichtfertige Steuerpolitik der Reichsregierung ist die Steuerpolitik des Lübecker Senats. Jede einzelne Steuer muß die Bürgerschaft in heftigen Kämpfen sogar gegen den Senat auf eine vernünftige Höhe bringen. Denken Sie an die Gewerbesteuer! 500 Millionen jährt der Senat vor. Eine Summe, die nicht einmal ausreicht, um auch nur die Hälfte der Senatorn zu bezahlen. Nach langer Mühe ist es gelungen, diese Steuer etwa zu vereinfachen. Aber auch diese Zahl ist heute völlig überholt. Und wir stehen wieder vor dem Nichts. Oder denken Sie an die Schankgewerbesteuer! 20 000 Mark wollte der Senat von einem Teil der Witte für das Jahr nehmen. Da soll er doch lieber auf die ganze Steuer verzichten. Ein Wort in diesem Zusammenhang auf die

Steuerpolitik der Kommunisten.

Wir hätten aus der Gewerbesteuer, d. h. aus der Bezeichnung des Besitzes nicht 2½ Milliarden herausgeholzt, sondern 25 Milliarden, wenn die Kommunisten zugestimmt hätten. Sie aber lehnten alles ab, und ersparten den Lübecker Kapitalisten auf diese Weise rund 20 Milliarden. Wie manches Gute hätte mit diesen 20 Milliarden für die Sozialrentner und für die Erwerbslosen getan werden können. Aber die Herren Kommunisten wollten es anders. Wir könnten das Schankverbot mit Ausnahme der ganz kleinen Wirtschaften ganz erheblich belasten. Bars, Dielen, große Hotels usw. könnten Millionenbeträge bezahlen. Die Kommunisten aber lehnen auch das ab. Das alles muß die Lübecker Arbeiterschaft wissen.

In Lübeck also finanzielle Bankrottopolitik, im Reich ebenfalls finanzielle Bankrottopolitik. Alle Versuche der Sozialdemokratie, Hilfen zu schaffen, sind bisher gescheitert. Zum Teil an der einheitlichen Interessenfront aller bürgerlichen Parteien; zum Teil an der für sitzigen Unvernunft der Kommunisten. Man taumelt einfach weiter, immer näher an den Abgrund heran. Von der Stabilisierung der Währung aber entfernen wir uns von Tag zu Tag mehr. Und gerade diese Stabilisierung der Währung war das Hauptziel der Wirtschaftspolitik der Partei und der Gewerkschaften. Der völlige Misserfolg ihrer Bemühungen hat die Gewerkschaften bestimmt, zum teilweisen Schutz gegen diese Geldentwertung den westeuropäigen Wohn zu fordern. Ich kann auf diese Lohn hier nicht näher eingehen. Aber heute schon möchte ich es aussprechen, daß auch dieser neue Lohn nicht alleinseigmachend sein wird, daß er uns keineswegs über alle Schwierigkeiten hinwegheulen wird. Das große Ziel muß immer bleiben: Stabilisierung der Währung! Mit der Politik der Regierung Cuno wird das nie und nimmer zu erreichen sein. Der Finanzminister Cuno, der Vorsitzende eines disziplinfähigen Kabinetts, steht hilf- und willenslos vor dem Riesenproblem. Er lächelt und er hört Reden. Das ist alles. Für einen deutlichen Reichsanzeiger reichlich wenig! Ich will Ihnen zum Schluss vorlesen, was der volkswirtschaftliche Mitarbeiter der „Frankfurter“ über Cuno und seine Politik schreibt:

„Eine verwirrende Finanzpolitik und eine verfehlte Reichsbankpolitik sind heute die entscheidenden Ursachen der Inflation und aller ihrer schändlichen Folgen. Diese Finanzpolitik und die Reichsfinanzministerium und das Reichsbankpräsidium müssen bekämpft werden. Das Reichsfinanzministerium und der Reichsbankpräsidium müssen gezwungen werden, mit Methoden zu brechen, denen die Einsicht in die tatsächlichen Erfordernisse des Augenblicks ebenso fehlt, wie die Erkenntnis der für die Existenz von Staat und Volk drohenden schweren Gefahren. Wir treiben ohne Erfahrung dem Abgrund zu, wenn der Leitung des Reichsfinanzministeriums und der Leitung der Reichsbank nicht — mit oder ohne Personenwechsel — diese Einsicht erlangt werden kann, wenn diese beiden Stellen (und mit ihnen allerdings auch der Reichstag) nicht zur Erkenntnis der unerbittlichen Verantwortung gebracht werden können, die heute auf ihnen liegt.“

Wir treiben wirklich dem Abgrund zu. Sollen wir als sozialdemokratische Partei ruhig zuschauen? Können wir die bürgerliche Regierung der Unfähigkeit und der Ziellosigkeit noch länger zulassen? Beg mit Cuno! Aber auch als Partei können wir nichts Lehren. Mit Gutmutigkeit und Kompromissen ist in der Politik noch nie etwas erreicht worden. Und es wird auch nie etwas erreicht werden. Viel mehr als bisher müssen wir unsere Macht rücksichtslos anwenden. Und wir müssen nach der Macht greifen, überall da, wo wir sie noch nicht haben. Wir müssen die Proletariäte wieder mehr in Bewegung halten. Und wir dürfen unter keinen Umständen die Führung mit dem Arbeitersmann verlieren. Das Bürgertum ist unser Feind, und es wird stets unser Feind bleiben. Freiwillig wird es uns nicht die kleine Position überlassen. Deshalb müssen wir sie uns nehmen; selbst wenn die Gegenfeinde von Terror und Vergewaltigung idreat. Schreien werden die Herren immer. Wir müssen eisernwilliger werden als bisher; und wir müssen selbstbewusster werden. Wir müssen bewußt Arbeitspolitik treiben, denn wir sind eine Arbeitspartei — sonst nichts. Und wir wollen auch nie etwas anderes werden!

In der Ausprache ging Genosse Dreger u. a. auf die Kontinentalspolitik ein und befaßte sich weiter mit der völlig verfehlten Politik Cunos, sowie mit dem eigenartigen Verhalten der Industrie beim Käufkampf. Dieses Benehmen der Großindustrie geht in erster Linie dem verhängten und unbekümmerten politischen Staat. Die Gewerkschaften müssen sich diesem Treiben entgegenstellen. Aus den ganzen Ergebnissen heraus kommt man zu der Überzeugung, daß die Sozialdemokratie so oder so um die Verantwortung nicht herumkomme und an der Staatsverwaltung teilnehmen müsse. Sie würde nicht alles den bürgerlichen Parteien überlassen. Befordert bedauerte der Redner, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf die politische Ausprache vor den letzten verzichtet habe. Genosse Dreger streifte dann nach die Idee der Wertheinschränkung der Höhe, die nur durch Disziplin

und Opferfreudigkeit gelöst werden könnte. Bei all unseren Kämpfen dienten wir aber niemals den Kommunisten nachzulaufen. Gegegen Haft griff einige interessante Details aus den Steuerfragen im östlichen Staate heraus und legte das arbeitschädliche Benehmen der kommunistischen Bürgerschaftsfaktion bloß. Würden die Kommunisten wirkliche Arbeitspolitik getrieben haben, dann brächte heute die Gewerkschaften nicht 2½, sondern 25–30 Millionen ein und auch die Großindustrie hätte mit der Lohnkürzungsteuer erfasst werden können. Über aus rein agitatorischen Gründen gingen die Kommunisten lieber mit den Deutungsfaktoren. Sie waren auch nicht dafür, daß die Landwirtschaft in die Gewerkschaften einzbezogen würde. Und doch müssen die Kommunisten wissen, daß den Erwerbslosen nur geholfen werden kann, wenn auch die notwendigen Steuern bemüht werden. In der Debatte beteiligten sich u. a. nach die Genossen Weiß und Schwager. Das Schlußwort des Genossen Dr. Leher klang aus in der Forderung, daß wir in Zukunft härter, zielbewußter und rücksichtsloser in die Politik eingreifen müssten.

*
Die Vorlesungen in Schwartau wurden vom Genossen Dr. Leher als Hauptangriffen klargestellt. Er kennzeichnete das freie Verhalten der mit Gummiknöpfen und sottilen Waffen verfehlten Hafenkreuzer, sowie der sie verteidigenden bürgerlichen Preise und stellte einwandfrei fest, daß die Hafenkreuzer die Provozierenden und Angreifenden gewesen sind. Teilnehmer an der Arbeitserinnerung bestätigten diese Darstellung und brachten weiteres Beweismaterial bei. Aus der Debatte darf die Würmung des Genossen Pässler nicht unbedacht bleiben. Er stellte fest, daß sich bei dem Zusammensatz manche kommunistische Elemente im Hintergrund hielten. Wir hätten alle Ursache, bei Demonstrationen auf Reinhaltung unserer Reihen zu achten, damit nicht von anderer Seite etwas geschieht, was noch uns in die Schuhe gehoben wird. Des weiteren muß auch die Mahnung des Genossen Pässler beherzigt werden, unsere Jugend von den deutschstädtischen, militärisch aufgezogenen Pfadfindern und sonstigen Jugendkorpsvereinen fernzuhalten. Es sei die bedauerliche Tatsache festzuhalten, daß viele Arbeiterväter in Unkenntnis der hinterlistigen Betreibungen diesen Vereinen die Kinder zuführen. Diese gehören in die Arbeitjugend. — Nach weiterer ungewöhnlicher Diskussion schloß Genosse P. Löw mit einem Hoch auf die Republik die von hoher Kampfstimme besetzte Versammlung.
*

Die Mitgliederversammlung bewilligte am Donnerstag einen Beitrag von 1000 M. Gestern teilte der Berliner Parteidirektor mit, daß er für Juli den doppelten Beitrag für seinen Anteil erhält. Damit sind unsere ganzen Berechnungen über den Haufen geworfen. Und unsere Parteidirektion kommt wieder in unsichere Lage. Keinesfalls können wir die Beiträge für Juli nochmal erhöhen. Wir müssen deshalb an alle die appellieren, die finanziell etwas besser gestellt sind. Mögen sie ihrem Einkommen entsprechend etwas für die Partei tun, damit wir über die schwierige Zeit hinüberkommen. Wir denken an alle Genossen mit größtem Einkommen. Die allgemeine Mitgliedschaft aber wollen wir heute schon darauf vorbereiten, daß wir für August unsere Beiträge ganz erheblich erhöhen müssen.

Schwurgericht.

H. Der 21 Jahre alte Wirtschafter Heer aus R. hat am Samstag, dem 22. April 1923, nachdem er gemeinsam mit drei anderen jungen Leuten neben der Segeberger Bahnhoflinie zwischen den Säulen Batterie und Oberwohle mehrere Karren und Kästen in eine Kiesgrube geworfen hatte, einen Karren quer über die Schienen der Eisenbahn gelegt. Nach seiner Aussage wollte er damit den Lokomotivführer ärgern, der das Hindernis sehen und gewungen sein würde, den Zug auf freier Strecke zum Halten zu bringen. Um den „Schers“ auch voll auszulösen, ist der Angeklagte mit seinen Kameraden zur Station Batterie gegangen, hat hier den von Segeberg kommenden Zug erwartet und ist mit diesem dann bis zur nächsten Station gefahren. Um das beschäftigte „Begnügen“ ist er allerdings gefommen. Die Lokomotive hat das erst im letzten Augenblick vom Heizer entdeckte Hindernis vertrümmert, ohne daß dadurch weiterer Schaden verübt wurde. Der leichtenste Strafe hat also glücklich verfügt.

Familialer Teil

Der Senat hat den Landesrat der Verfassungskammer der Hansestadt Elmshorn zum Vertreter des Vorstandes des Einigungsausschusses beim Bauhofamt bestellt. 4105

Bekanntmachung.

Die von der Handelskammer zwecks Prüfung des Vorganges der Gründung der „Lübecker Gesellschaft Aktiengesellschaft“ in Lübeck gemäß § 192 Abs. 2 und 3 des HGB bestellten Revisoren haben der Handelskammer eine Zustellung des von ihnen erlassenen Prüfungsberichtes eingebracht. Der Bericht liegt in der Registratur der Handelskammer zur Einsichtnahme aus. (4112)
Lübeck, den 15. Juli 1923.
Die Handelskammer.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung von Montag, dem 16. Juli, werden die im Betriebe der Kaiserwollfahrt der Handelskammer zur Erhebung gelangenden Gebühren erhöht. Die neuen Gebührentarife können ab Montag von der Kaufverwaltung der Handelskammer oder der Kasse der Kaufmannschaft bezogen werden. Lübeck, den 13. Juli 1923. (4123)
Die Handelskammer.

Die jetzt gültigen Gebühren für Arbeiten und Dienstleistungen der Staatsschule werden ab 1.7. auf 50% erhöht. (4128)
Lübeck, den 13. Juli 1923.
Die Behörde für das Feuerlöschwesen.

Teethof.

Die Gebühren und Lagerkosten sind vom 1.7. ab weiter erhöht worden. (4122)
Lübeck, den 13.7.23. Die Finanzbehörde.
Die Strafentzulassung an Geschichten werden weiter um 100% erhöht. Nachzahlung aus Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4121)
Die Strafentzulassung.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleidigung offiziell an die Stadt. Unter allenfalls entstehende Entstörung der Strafe, ausführlich erläutert der Beamte auf dem Fern-Schreiber. (4122)
Die Finanzbehörde.

Gebührente für Post-Umschlagservice werden mit ab 1.7. auf Grund der Preisliste 1923 auf Grund der leichten Beleid